

Vorlage Nr.: 2024/0293

Eingang: 19.03.2024

## Einstieg zur politischen Diskussion zur Ausgestaltung des kommunalen Mobilitätspasses Antrag: DIE LINKE.

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	23.04.2024	24	Ö	Kenntnisnahme
Hauptausschuss	07.05.2024		Ö	Beratung

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah ein Konzept zur Einführung des Mobilitätspasses für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (Arbeitgeber:innenbeitrag) vorzulegen. Die finanziellen Berechnungen der zu erwarteten Einnahmen sind dem Gemeinderat vorzulegen. Dabei soll die Stadtverwaltung darstellen, wie sie die entsprechenden Beiträge zu erheben gedenkt, einschließlich:
  - Ausnahmen der Unternehmen, die nicht belastet werden sollen
  - Kriterien und Berechnung der Belastungshöhe
  - Mehrwert, den die Unternehmen bzw. Angestellte des Unternehmens im Gegenzug erhalten
2. Die Verwaltung und VBK werden aufgefordert zu benennen, welche Finanzsumme aus heutiger Sicht zur Zielerreichung eines klimaneutralen Verkehrs bis 2040 für den Ausbau des ÖPNV zu erbringen ist. Welche Zielzahl für den erforderlichen Anteil des ÖPNV am modalen Split wird hierfür zugrunde gelegt?  
Wir bitten um Aufschlüsselung der erforderlichen Finanzmittel auf die jeweiligen Ziele, bspw.
  - Bestandssicherung des derzeitigen Streckennetzes
  - Ausbau der Taktung
  - Ausbau des ÖPNV-Netzes, basierend auf der Netzkonzeption 2020/2030
  - Weitere?
3. Die Verwaltung wird aufgefordert darzustellen, welche Möglichkeiten sie, über Mittel aus dem Mobilitätspass hinaus, zur Generierung der erforderlichen Restmittel sieht?

### Begründung:

Die dringend notwendige Verkehrswende steht derzeit auf tönernen Füßen. Viele dringende Projekte können angesichts der Haushaltslage der Stadt derzeit nicht umgesetzt wurden. Dies gefährdet die Zielsetzung der Stadt einer Klimaneutralität bis 2040 dramatisch.

Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ist angespannter denn je. Die aktuell laufende Gesetzgebung lässt neue Möglichkeiten zur Einführung eines Mobilitätspasses auf Landesebene näherkommen. Karlsruhe, als Vorreiterkommune, kann in die Planungen einsteigen.

Angesichts des finanziellen Bedarfes im öffentlichen Nahverkehr ist eine zeitnahe Einführung auf kommunaler Ebene dringend nötig. Eine intensive politische Debatte und Beratung sind - angesichts

der potenziellen Tragweite des Mobilitätspasses und den Fragen einer konkreten Ausgestaltung – erforderlich.

Der Oberbürgermeister nannte in einer Pressemitteilung vom ... Zahlen für die Einführung einer Arbeitgeber:innen-Abgabe: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/grundlagen-fuer-den-mobilitaetspass-erarbeitet>

Bei einer Beitragshöhe von monatlich zehn Euro je Mitarbeitenden könnten in Karlsruhe mit dem Beitrag für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Einnahmen in Höhe von bis zu 25 Millionen Euro Gesamt-Netto-Erlös erzielt werden.

Der Beitrag reicht – selbst ergänzt mit weiteren Bausteinen eines Mobilitätspasses – nicht aus, um ansteigende Verluste im Nahverkehr zu decken und die Zahlen des öffentlichen Personennahverkehrs im angestrebten Maß zu erhöhen. Wir erachten eine zeitnahe Diskussion der Politik unter Beteiligung der Karlsruher Zivilgesellschaft und der Bevölkerung über weitere Schritte in der Verkehrswende für dringend erforderlich.

Unterzeichnet von:  
Mathilde Göttel  
Karin Binder  
Lukas Arslan